Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 36 (1956-1957)
Heft: 1

Rubrik: Stimmen der Weltpresse

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

STIMMEN DER WELTPRESSE

Die vom Pressesekretariat des Internationalen Presseinstituts in Zürich herausgegebene Monatsschrift, die *IPI Rundschau,* publizierte in ihrer Februarnummer an erster Stelle einen Bericht von *Martin Löffler* über *Das heutige deutsche Presserecht,* dem wir folgende Angaben entnehmen: Nach dem Zusammenbruch Deutschlands sind auch auf diesem Gebiet chaotische Zustände hervorgetreten. Einerseits war das alte, aus echt liberalem Geist entstandene Reichspressegesetz von 1874 in Kraft geblieben. Anderseits wurden von den Besatzungsmächten diesbezügliche Regelungen erlassen, und man stritt sich darüber, ob das niemals aufgehobene Schriftleitergesetz von 1933 noch seine Gültigkeit habe. Der föderalistischen Ordnung entsprechend, schufen einige Bundesländer neue Bestimmungen. Damit vervollständigte sich der Wirrwarr, der nun in mühevoller Kleinarbeit durch Rechtsprechung und Rechtswissenschaft geordnet werden muß. Bereits sind die Vorarbeiten soweit gelangt, daß die Bahn für die dringend notwendige Reform des Presserechts freigelegt ist. Die Bundesregierung will sich vorerst auf die Lösung der drei Teilfragen des Presse-Beschlagnahmerechts, der Berichtigungspflicht und des Ehrenschutzes beschränken. Hiezu ist zu wünschen, das erstere möchte nun endlich so gehandhabt werden, daß nur noch der Richter, nicht aber die Polizei zur Beschlagnahme schreiten darf. Die Berichtigungspflicht sollte zu einer Art «Waffengleichheit» zwischen Presse und Publikum führen und ist im Interesse des öffentlichen Lebens nur erwünscht. Hingegen wird die Meinungsfreiheit bereits heute durch die Verschärfung des Strafmaßes für Beleidigungen bedroht. Die Grenze scheint hier erheblich überschritten, und man kann daher kaum mehr von einem berechtigten Bedürfnis nach Verstärkung des Ehrenschutzes sprechen. — Mit diesen Teilforderungen sind die Reformwünsche der deutschen Presse noch keineswegs erschöpft. Ihr größtes Postulat, die Sicherung der Informationsfreiheit, und andere dringliche Forderungen harren noch der Verwirklichung.

The New York Times Magazine vom 4. 12. 55 veröffentlichte einen Artikel des Präsidenten der aus der Verschmelzung der beiden größten amerikanischen Arbeitnehmerverbände hervorgegangenen Gewerkschaftsunion: *George Meany: Meany Looks Into Labor's Future,* der sich durch eine erfrischende Klarheit des Urteils auszeichnet. Wir geben die Hauptgedanken wieder, die sich mit den zukünftigen Aufgaben nach Abschluß der gegenwärtigen Konsolidierungsperiode befassen: Die Union betrachtet es als ihr Hauptanliegen, die Bedürfnisse des Menschen in gleicher Weise zu berücksichtigen wie die Erfordernisse der Industrie und des Kapitals. Sie sieht sich im Hinblick auf die kommende neue industrielle Revolution vor große Probleme gestellt. Vor allem befürchtet sie eine zunehmende Arbeitslosigkeit, infolge Verminderung der Zahl der Arbeitsplätze durch Automatisierung des Produktionsprozesses einerseits und der wachsenden Bevölkerungszahl anderseits. Da die Union aber den industriellen Fortschritt begrüßt, betrachtet sie als einzig mögliche Antwort auf diese Gefahr die ständige Ausweitung der Produktion. Für den Absatz soll nicht auf die ausländischen Märkte vertraut werden, sondern es ist anzustreben, einen angemessenen Gewinnanteil für Lohnerhöhungen und Kostensenkungen zu verwenden, um damit die Kaufkraft des amerikanischen Volkes zu steigern. Insbesondere soll der Lebensstandard der bis jetzt nicht organisierten Arbeiter erhöht werden. Um den durch die Automatisierung am meisten bedrohten ungelernten Arbeitern zu helfen, macht sie die Union in Ausbildungskursen mit den neuesten technischen und elektronischen Verfahren vertraut. Zusätzliche

Arbeitslosenunterstützung oder der garantierte Arbeitslohn sollen die Folgen einer größeren Arbeitslosigkeit während den Umstellungsperioden mildern. Ferner wird der Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit fortgesetzt, da dadurch ebenfalls mehr Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden können und anderseits, was als besonders wichtig bezeichnet wird, der Arbeiter die Möglichkeit einer inhaltsreicheren Lebensgestaltung erhält. — Einen weitern Aufgabenkreis sieht Meany in der Besserung der Beziehungen zu den Arbeitgebern. Er geht dabei von der *Tatsache der gemeinsamen Interessen beider Sozialpartner* aus. Beide gewinnen nur dann, wenn der betreffende Wirtschaftszweig und die gesamte übrige Volkswirtschaft gesund sind. Beider Feind ist der Totalitarismus, d. h. heute der Kommunismus, der von der Union daher im In- und Ausland bekämpft wird. Sie stellt sich gegen eine zentralistische Regierung und Verstaatlichungen ein und zieht Kollektivverträge mit den Arbeitgebern den Gesetzen vor. Meany befürwortet von allem ein Friedensabkommen, nach welchem Arbeitsstreitigkeiten ohne Streiks und Aussperrungen auf dem Verhandlungswege, unter Achtung des Standpunktes der andern Partei, geschlichtet werden sollen. Auf internationaler Ebene läßt sich die Union durch die neue kommunistische Taktik des Lächelns, hinter der sich nach wie vor als Ziel nicht der Friede, sondern die Weltherrschaft verbirgt, nicht täuschen. Sie will deshalb den kommunistischen Einfluß mit gesteigerter Energie eindämmen, indem sie den «Internationalen Bund freier Gewerkschaften» gegen die Organisation des von den Kommunisten beherrschten «Weltgewerkschaftsbundes» unterstützt. Als beste Waffe sieht sie das eigene Beispiel an, d. h. den Beweis, daß die Demokratie dem Menschen mehr bietet als das kommunistische System. Deshalb sollen auch die entsprechenden Mängel in Amerika selbst bekämpft und Mißstände beseitigt werden. Die Union versucht, durch ein politisches Schulungsprogramm das nationale Bewußtsein der amerikanischen Arbeiter zu heben; sie will aber keine Arbeiterpartei gründen, sondern diejenigen republikanischen oder demokratischen Kandidaten unterstützen, die sich gegenüber dem Programm der Gewerkschaften aufgeschlossen zeigen. Meany glaubt, daß die Union durch verantwortungsbewußtes und diszipliniertes Handeln beweisen kann, daß eine freie Gewerkschaft ein positives Element innerhalb der Nation und der Welt darstellt und die Achtung des ganzen Volkes verdient.

Über eine andere Art der Gewerkschaftspraxis, nämlich diejenige des kommunistischen Systems, unterrichtet *Spotlight*, der monatliche Pressedienst des *Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften*, Brüssel, in der Periode August 1955—Januar 1956, unter dem Titel: *Uncensored News from the Dictatorship Countries*. Daraus geht hervor, daß die Arbeit für die Planerfüllung die eigentliche Aufgabe der kommunistischen Gewerkschaften ist. Sie haben die Pflicht, die Arbeiter zu überzeugen, daß selbst niedrige Löhne und unzulängliche Arbeitsbedingungen kein Hindernis für volle Leistung darstellen dürfen. Diese Doktrin gilt von Weimar bis Peking und zeitigt überall dieselben Verhältnisse: Der II. Allchinesische Kongreß der Bergarbeitergewerkschaften legte fest, daß es die Hauptaufgaben der Arbeiterorganisation seien, unter der Führung der kommunistischen Partei die Verbindung mit den Werktätigen zu unterhalten, die Ziele der Fünfjahrespläne zu propagieren, die Arbeitsdisziplin zu konsolidieren und alle zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, damit die Erfüllung des Solls gewährleistet wird. Erst als letzte Aufgabe, gleichsam als Anhängsel, soll, nach Maßgabe der fortschreitenden Produktion, das materielle und kulturelle Niveau der Arbeiter schrittweise gehoben werden. Einige weitere Beispiele aus der Praxis der kommunistischen Gewerkschaften anderer Länder sollen dieses Vorgehen veranschaulichen: Der zweifelhafte Wert von Kollektivverträgen geht aus den Mitteilungen der polnischen Zeitung *Trybuna Ludu* vom 19. 8. 1955 hervor. In der Gummifabrik Bromberg

(Bydgoszcz) gelang es den Arbeitern, in Erfüllung der Vertragsbestimmungen die Produktion im Laufe des 2. Quartals um 5% und darüber zu steigern. Die Betriebsleitung verzichtete jedoch darauf, ihren Verpflichtungen in bezug auf Arbeitssicherheit, Hygiene, Werkküche usw. nachzukommen. In ähnlicher Weise kümmerte sich die Leitung einer polnischen Möbelfabrik trotz ihren Versprechungen nicht um die Fachausbildung der Arbeiter. Nur 15 statt 71 Werkangehörige konnten an den Kursen teilnehmen. Auch in Ungarn bieten die Kollektivverträge keine Möglichkeit, die Fragen der Löhne, der Arbeitszeit und der Überstundenvergütung wirklich zu regeln. — Diese Dinge werden durch das Regime auf dem Verordnungswege erledigt. Die Kollektivverträge der Betriebe beziehen sich lediglich auf gewisse soziale Leistungen und werden nicht einmal in diesem beschränkten Rahmen eingehalten. Die ungarische Gewerkschaftszeitung *Népzava* berichtete (6. 7. 1955) über vielfache Mißachtungen des gesetzlichen Achtstundentages. Tatsächlich werde oft von 6 bis 20 Uhr gearbeitet, wobei die Werktätigen nur Versprechungen und keine zusätzliche Bezahlung erhielten. Diese «schwarzen Überstunden» geben denn auch zu großer Unzufriedenheit Anlaß. Die gleiche Zeitung meldete am 19.10. 1955, die Gewerkschaftsleitung der Stalinwerke, des wichtigsten ungarischen Stahlzentrums, sei außerstande, eine Beachtung der Sicherheitsbestimmungen zu erzwingen. Allein in der Gießerei hätten sich infolgedessen in den letzten zwei Monaten sieben schwere Unfälle ereignet. Das Blatt verschwieg freilich, daß die Unvorsichtigkeiten durch das übersetzte Arbeitstempo geradezu bedingt werden. — Unzufriedenheit macht sich auch in der Tschechoslowakei breit. In einem Schauprozeß, zu dem 600 Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre befohlen waren, wurden am 28. 10. 1955 drei Arbeiter verurteilt, weil sie versucht hatten, ihre Arbeitskameraden mittels Flugblätter zu einem Streik aufzufordern. Zwei andere Arbeiter, die gewagt hatten, auf einer Versammlung den Betriebsgewerkschaftsausschuß scharf anzugreifen und zu äußern, sie seien entschlossen, aus der Gewerkschaft auszutreten, büßten ihre Kühnheit mit anderthalb Jahren Gefängnis. Ebenfalls in der Tschechoslowakei wurde am 1. 1. 1956 die «Einheitskrankenliste» eingeführt. Wer ohne ein Zeugnis des Vertrauensarztes, der monatlich nur eine bestimmte Anzahl Leute krank schreiben darf, zu Hause bleibt, hat eine Strafe zu gewärtigen, die von einem Sonderkomitee des Betriebsrates verhängt wird. Schwerere Fälle müssen dem nächsthöheren Gewerkschaftsorgan überwiesen werden. — Es ist kein Wunder, daß bei solcher Tätigkeit der kommunistischen Gewerkschaften, die nicht den Schutz der Arbeiter, sondern die erbarmungslose Antreiberei zum Zwecke haben, der sogenannte Sozialdemokratismus als Feind Nummer 1 betrachtet wird, daß immer wieder Säuberungen durchgeführt und Funktionäre ersetzt werden müssen, weil sie ihrer Aufgabe als Organisatoren der staatlichen Ausbeutung nicht gerecht werden.

Das Märzheft der Pariser Zeitschrift *Preuves* enthält ein «Symposium» politischer Publizisten, Schriftsteller und Professoren zum *Algerienproblem.* Nachdrücklich weisen die verschiedenen Teilnehmer dieses Rundgesprächs auf die kapitale Tatsache hin, daß die algerische Rebellion kein innenpolitisches Problem ist, welches in bedauerlicher Weise an Frankreichs Kräften zehre, sondern daß sich hier eine entscheidende Auseinandersetzung zwischen Europa und der östlichen Welt abspielt, deren Ausgang die politische Gewichtsverteilung von morgen bestimmt. — Den menschlichen Aspekt der algerischen Not beleuchten einige Briefe, die der nordafrikanische Schriftsteller *Driß Chraibi* in Barackensiedlungen seiner Stammesgenossen gesammelt hat. In ihnen tritt eine unvorstellbare materielle Entblößung zu Tage, sowie eine schrankenlose Opferbereitschaft zugunsten der Familienangehörigen — *Pierre Rondot,* Leiter des «Centre des Hautes Etudes d'Administration musulmane», untersucht die Be-

gegnung des Westens mit der arabischen Welt («Rencontre avec l'Outremer»), die Frankreich stellvertretend für Europa, täglich unternimmt. Sein Beitrag ist nicht politisch, sondern psychologisch ausgerichtet; er untersucht den Zusammenprall zweier Kulturen und Lebensformen, die beide auf ihre Geschlossenheit und Originalität pochen. Der Westen, überzeugt von der Überlegenheit dessen, was er mitbringt, kümmert sich zu wenig um die Kultur des Partners. Seine Gaben sind Güter der Technik, standardisierte Massenprodukte, deren Qualität nicht einmal sonderlich gepflegt ist. So erscheint die europäische Kultur als durchaus materiell, ja als «Kultur des Abfalls», die angesichts des Strebens der Araber nach Geistigkeit nicht anders als zweitrangig zu werten ist. Kiplings herbe Formel: «Der Westen ist der Westen, der Osten ist der Osten, sie werden sich nie begegnen», muß heute überwunden werden; da liegen die schweren Aufgaben der Politik, aber auch der geistigen Auseinandersetzung. — *Jacques Chevallier*, der initiative Bürgermeister von Algier, äußert sich zu den politischen Problemen des Unruheherds. Er weist auf die geringfügige Ursache der Rebellion hin, die anfangs mehr den Charakter der privaten Rache eines geschädigten Arabers hatte. Erst als die lokalen Banditenkämpfe den Hintergrund politischer Forderungen abgaben, verschlechterte sich die Lage. Der Widerstreit: «Keine Reformen ohne Ruhe — keine Ruhe ohne Reformen» fachte die Leidenschaften an, zeigte sich doch hier der Beweis der französischen Reformfeindlichkeit.

Heute ist es soweit, daß ein militärisches Großaufgebot in den unbesteiglichen Schlupfwinkeln der Aufständischen kaum Erfolgschancen hat. Deshalb wird nicht die Gewalt, sondern kluge politische Verständigung eine Lösung herbeiführen können. Chevallier schlägt dazu den Rückgriff auf die früher bewährte Einrichtung vor: die «Commission des Réformes», welche 1943 in Zusammenarbeit von Europäern und Arabern das algerische Statut ausarbeitete. Die neue Kommission müßte die Forderungen und Meinungen aller Bevölkerungsgruppen sammeln und im Hinblick auf eine Umänderung des algerischen Statuts auswerten. — Die lokalen Ursachen tragen an der verzweifelten Lage gewiß einen großen Teil der Schuld, doch auch das französische Mutterland leidet an Krisen, die in politische Engpässe führen müssen. *Die Krise des französischen Bewußtseins* untersucht im gleichen Heft der Zeitschrift *Thierry Maulnier*. Scharfsichtig, doch etwas unverpflichtend, prangert er die «Unzulänglichkeit Frankreichs vor der geschichtlichen Lage» an. Er scheut nicht schonungslose Worte, um aufzudecken, daß Frankreich in seinen politischen wie sozialen Einrichtungen außerstande ist, «positive Antworten auf die Fragen und Herausforderungen zu geben, welche die rasende Veränderung der Welt stellen». Von da bis zur Denunzierung des Unterlegenheitsgefühls des Landes ist nur ein Schritt. Das Verharren in den wirtschaftlichen und machtmäßigen Anschauungen der Louis-Philippe-Zeit oder die übereifrige Befürwortung des französischen Rückzugs aus den Kolonien beruhen für Maulnier gleichermaßen auf einem Mangel an schöpferischer Phantasie. Wäre Frankreich von seinen starren Denkkategorien abgewichen und hätte es eine «Verbindung nach föderativem Prinzip» in seinem Kolonialreich angebahnt, ein Commonwealth also, so hätte es sich die verschiedenen Völker verbunden, indem es ihnen «einen zunehmenden Anteil an der Durchführung ihrer eigenen Angelegenheiten, ihrer wirtschaftlichen und sozialen Verbesserung» einräumt. Was Maulnier seinen Landsleuten am stärksten ankreidet, ist die Willenlosigkeit, die politischen Geschehnisse durch private Entbehrung und Opferwilligkeit zu meistern. «Da liegt der tiefste Grund der Angst der Algerienfranzosen und ihres Grimms, der an Verzweiflung grenzt: sie fragen sich, ob Frankreich dem Schicksal Algeriens gegenüber nicht ebenso gleichgültig bleibt wie gegenüber demjenigen Indochinas, ob es nicht von vornherein bereit sei, Algerien auf-

zugeben, um dafür nicht kämpfen zu müssen.»

Über die neue außenpolitische Lage Afghanistans orientiert Nr. 207 des *Intelligence Digest* vom Februar 1956. Nach dem Besuch der Sowjetführer ist hier ein Anwachsen des russischen Einflusses deutlich spürbar. Die verantwortlichen Stellen in Kabul scheinen sich darüber keine Rechenschaft zu geben, daß von der Freundschaft mit dem nördlichen Nachbarn nur profitiert werden kann, wenn ein entsprechender Preis bezahlt wird. Das Vorgehen der Kommunisten bemüht sich geschickt um Verschleierung dieser Tatsache. Die russischen Techniker, die zur Förderung der Wirtschaft ins Land kommen, halten sich von jeder kommunistischen Propaganda fern, ja sie gebärden sich sogar monarchistisch, um das Vertrauen der Afghanen zu gewinnen. Was für die Sowjetdiplomatie auf dem Spiele steht, ist von größter Wichtigkeit: Einmal versucht sie durch Entsendung von Agenten aus Afghanistan nach Persien den Bagdadpakt zu schwächen, zweitens gilt ihre Aktivität der Schürung des schwebenden afghanisch-pakistanischen Konfliktes um Pashtunistan, bei dessen Ausbruch russische Hilfe in Aussicht gestellt ist. Es ist klar, daß bereits heute, wo die russischen Darlehen offiziell noch nicht an politische Bedingungen geknüpft werden, ein Zustand der Abhängigkeit entstanden ist. Während ihrem Besuch ließen die Sowjetführer ferner durchblicken, daß in einem Krieg zwischen Rußland und den Bagdadpakt-Staaten die Neutralität Afghanistans nicht voll gewahrt bleiben könne. Auch wenn man von Kabul keinen Kriegseintritt erwarte, so beanspruche die Sowjetunion immerhin ein Truppendurchmarschrecht und Luftbasen. Der Sowjetplan für Bahnbauten in Afghanistan erhält dadurch neben der wirtschaftlichen eine eminent militärische Bedeutung. — Im weit abliegenden Westen wurde diesem direkten Vorgehen der Sowjetdiplomatie bisher zu wenig Beachtung geschenkt; um so unruhiger verfolgen Teheran und Karachi die alarmierenden Vorgänge im Nachbarlande.

IN PAUL VALÉRYS LEBENSKREIS

Le Sages hinkender Teufel konnte Hausdächer abheben und das Leben im Innern der Wohnungen belauschen. Das war indiskret, aber so fesselnd zu sehen! Wir sind heute nicht weniger neugierig, doch unsere Mittel, das Leben außerordentlicher Menschen zu erforschen, haben sich verfeinert. Wenn es sich um einen Schriftsteller handelt, besitzen wir Dokumente, amtliche Papiere, Urkunden des Alltags und, auf einer geistigeren Ebene, die Vorstufen, Notizen und Auszüge zu den Werken, welche Antwort geben auf die Frage: wie hat er dieses Gedicht geschrieben, was inspirierte ihn zu jenem Roman.

In der Rekonstruktion des geistigen Lebensraums sind die Franzosen unbestrittene Meister; wer sich davon überzeugen will, gehe in die *Gedenkausstellung für Paul Valéry,* welche die Pariser Nationalbibliothek zeigt. «Der Dichter bei sich zu Hause», so wird jeder den ersten Eindruck wiedergeben, kaum ist er in den kleinen Saal getreten, wo Arbeitsgeräte, Utensilien des Alltags, Spielzeuge der zerstreuten Hand (eine ganze Sammlung seltenster Muscheln) zwischen persönlichen Ausweisen, Manuskripten, Briefen und Erstdrucken liegen.

Die Bilder an der Wand rufen Gesichter von Freunden, Zeitgenossen oder des Dichters selbst herauf. J.-E. Blanches arabeskenartige Portraits erinnern an den Stern des Symbolismus, der über Valérys Anfängen leuchtete. Eines von ihnen